

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenkstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenkstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Was ist mit dem Stinnes-Konzern?

Die Furcht der Beteiligten vor der Wahrheit.

Die Verbindlichkeiten des Stinnes-Konzerns wurden vor achtundvierzig Stunden auf insgesamt 155 Millionen Mark geschätzt. Von diesen 155 Millionen Mark waren nach dieser von „bestunterrichteter Seite“ stammenden Schätzung 90 Millionen Mark von den sanierenden Banken zu übernehmen.

Heute erfährt die Öffentlichkeit, daß diese Schätzung beträchtlich hinter der Wahrheit zurückbleibt. Die Gesamtverbindlichkeiten des Stinnes-Konzerns betragen nicht 150, sondern rund 200 Millionen Mark. Das Sanierungskonkordat steht vor der Tatsache, daß es noch 30 Millionen Mark, insgesamt also rund 120 Millionen Mark kurzfristiger Verpflichtungen übernehmen muß.

Der Fall Stinnes wird zum Skandal. Das Konkordat der Sanierungsbanken hat unter Führung der Reichsbank die Verpflichtungen des Stinnes-Konzerns übernommen, um eine allgemeine schwere Vertrauenskrise abzuwenden. Die Erklärungen, die der Reichsbankpräsident Dr. Schacht bisher zum Fall Stinnes abgegeben hat, sollten einer Erschütterung des deutschen Kredits im Ausland vorbeugen. Seine letzte Erklärung lautete, daß die Stinnes-Angelegenheit nunmehr in bester Ordnung sei.

Wenn die sanierenden Banken und der Präsident der Reichsbank mit ihren Erklärungen eine psychologisch beruhigende Wirkung ausüben wollen, so ist es vor allem ihre Pflicht, der Öffentlichkeit des Inlands und des Auslands volle ungeschminkte Klarheit über die wahre Lage des Stinnes-Konzerns zu geben. Wenn die gesamte Finanzwelt Deutschlands aus volkswirtschaftlichen Gründen, wie Herr Schacht es andeutete, für die Sanierung des Stinnes-Konzerns mobilisiert wird, gibt es kein Versteckspiel mehr mit dem Geschäftsgeheimnis.

Die Art und Weise, wie das Inland und das Ausland bisher über den Fall Stinnes unterrichtet worden sind, ist fälschlich, unklar, gefährlich. Zunächst hörte man von Schwierigkeiten. Dann folgte ein halbes Dementi. Dann wurde bekannt, daß saniert werden soll. Nun beginnen die Zugeständnisse. Mit 30 Millionen begann man. Dann wurden es 100 bis 120. Dann 155. Jetzt werden 200 Millionen zugestanden. Kommt noch mehr nach?

Diese Methode der Berichterstattung erinnert an die Art und Weise, wie während des Krieges unangenehme politische Tatsachen mitgeteilt wurden. Die Öffentlichkeit, die die Wahrheit nur tröpfchenweise erfährt, glaubt schließlich gar nichts mehr und nimmt gewohnheitsmäßig das Schlimmste an. Wer einer Vertrauenskrise vorbeugen will, und nach diesen Methoden verfährt, der wird schließlich das Vertrauen unheilbar erschüttern.

Die Öffentlichkeit muß verlangen, daß sie keine frisierten Heeresberichte über den Fall Stinnes erhält. Es ist an der Zeit, daß verantwortliche, nicht „bestunterrichtete“ Persönlichkeiten klar darlegen, was ist, und was berechtigt ist. Der Reichsbankpräsident, der dem Konkordat der Sanierungsbanken Rückendeckung für eine so gewaltige Kreditoperation gewährt, übernimmt damit eine schwere Verantwortung gegenüber der deutschen Volkswirtschaft, die der öffentlichen Begründung bedarf.

Was man bisher erfahren hat, ist schlimm genug. Was ist, um einen Restab zu geben, der Fall des Barmat-Konzerns, der mit wenigen Millionen illiquid zu werden drohte, mit dem Fall des Stinnes-Konzerns, dessen kurzfristige Verpflichtungen von 120 Millionen von Sanierungsbanken übernommen werden. Wir berühren dabei die juristische Seite nicht, wir geben nur einen Vergleichsmaßstab.

Was ist mit dem Stinnes-Konzern? Was bedeutet seine Krise für den deutschen Kapitalmarkt, was für die deutsche Volkswirtschaft? Die Beteiligten, und mit ihnen — aus leichtverständlichen Gründen — ein großer Teil der Presse, namentlich der rechtsstehenden, hat bisher gegenüber diesen brennenden Fragen den Kopf in den Sand gesteckt und die Methode des Vertuschens und Verschönigens geübt. Das Ergebnis wird sein — die allgemeine Vertrauenskrise, der sie vorbeugen wollten.

Schwache Haltung im Effekten-Freiverkehr.

Die Schuld des Stinnes-Konzerns.

Am heutigen Wochenschluss — an den Sonntagen fällt bekanntlich während der Sommermonate der offizielle Börsenverkehr aus — war die Tendenz auf den Effektenmärkten, soweit sich dies unter diesen Umständen überblicken läßt, wieder vorwiegend schwach. Die heute genannten Kurse hielten sich demzufolge durchwegs unter den gestrigen Schlussnotierungen, ohne daß aber von einem irgendwie nennenswerten Geschäft die Rede sein kann. Kriegenleihe wurde z. B. bis auf 0,350 Proz. heruntergefallen. Man ist in Bankkreisen angeblich darüber verstimmt, daß bereits jetzt von den Mitgliedern der Stinnes-Konzern keine Beträge abgefordert sein sollen, sowie darüber, daß die vor einigen Tagen verbreiteten Meldungen über die Höhe der Stinnes'schen Schulden noch um 30 Millionen Reichsmark zu niedrig angegeben worden seien. Immer eifriger wird die Diskussion über die angeblich unerträglichen Steuerlasten der Industrie, wobei man auf die in den Geschäftsberichten angegebenen Steuerumlagen verweist. Dabei wird aber jenseit übersehen, daß hierin die Umsatzsteuern enthalten sind, die erfahrungsgemäß stets auf die Abnehmer bzw. Verbraucher abgewälzt werden.

Stinnes — Barmat.

Die „Germania“ veröffentlicht einen „Epilog“ zur Barmat-Untersuchung des Preussischen Landtags, in dem sie folgende Parallele zieht:

Schließlich hat Barmat nichts anderes getan als das, was jeder Geschäftsmann zu tun pflegt, wenn eine Krise heraufzieht: er hat sich Kredite zu verschaffen gesucht. Er hat den Kredit sich dort zu verschaffen gesucht, wo er am leichtesten zu haben war, und dazu hat er seine Beziehungen ausgeschöpft. Und mitten in seine Sanierungsprojekte fuhr ihm der politische Skandal Er und seine Direktoren wurden verhaftet und der Name Barmat wurde zu einem Kennzeichen ganz bestimmter und unläuterer geschäftlicher Methoden. Man denke sich einmal, daß in die Krise des Stinnes-Konzerns der politische Skandal hereingefahren wäre. Man stelle sich einmal vor, die Direktoren würden verhaftet und der Staatsanwalt hätte sich der ganzen Angelegenheit bemächtigt. Unter solchen Methoden müßte schließlich das stärkste Unternehmen Deutschlands erbarmungslos zusammenbrechen. Man wird einwenden können, daß die Praktiken der Leitung der Stinnes-Werke nicht dieselben seien wie die Barmats. Aber hat man Barmat bisher bei seiner Geldaufnahme und bei seinen Sanierungsversuchen betrügerische Handlungsweise nachweisen können? Er

Generalausperrung der Holzarbeiter.

Ueber ganz Deutschland.

Nürnberg, 13. Juni. (WZ.) Die Nordbayerische Zeitung schreibt: Der Arbeitgeberverband der Holzindustrie hat gestern Abend in einer außerordentlichen Versammlung in Augsburg mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen, ab heute, 13. Juni, sämtliche Holzarbeiter und Schreiner auszusperrern. Die Aussperrung wird sich über ganz Deutschland erstrecken. Die Forderung von 1,12 M. Stundenlohn wurde glatt abgelehnt, da die Industrie in ihrer jetzigen Wirtschaftslage eine solche Lohnerhöhung nicht tragen könne.

hat als Kaufmann gehandelt, und höchstens könnte man seinen Kreditgebern den Vorwurf machen, daß sie in der Kredithergabe zu freigebig gewesen seien. Aber wer wagt hier Vorwürfe zu erheben, wenn er sich in die damalige wirtschaftliche Situation zurückzusehen vermag, die der Deflation unmittelbar folgte. Barmat ist eben eines der ersten Opfer der Deflationsschere geworden; wird er das letzte sein? Wir stehen noch mitten in der Krise, der Barmat zum Opfer fiel, und wir befürchten, daß sich im deutschen Wirtschaftsleben in den nächsten Monaten Ereignisse abspielen werden, gegen die der „Fall Barmat“ ein Kinderpiel sein könnte.

Der Unterschied ist nur der, daß sich für Barmat der Staatsanwalt interessierte, ein völlig eingestellter Staatsanwalt, für Stinnes aber — die Reichsbank.

Zahlen Stinnes jetzt Erbschaftsteuer?

Hugo Stinnes hatte es verstanden, noch nach seinem Tode eine letzte Schiebung großen Stils zu machen. Als er starb wurde bekannt, daß für das riesenhafte Erbe kein Pfennig Erbschaftsteuer gezahlt zu werden brauchte. Er hatte rechtzeitig eine von den bürgerlichen Parteien in das Erbschaftsteuergesetz eingeschmuggelte Bestimmung ausgenutzt, die Ehegatten von jeder Erbschaftsteuer befreit und testamentarisch seine Ehefrau zur Alleinerbin eingeleht.

Wie sich jetzt aber zeigt, ist ihm diese Schiebung wohl doch vorbeigelungen. Denn seine Söhne hatten wohl keine Reliquie, dauernd gemeinsam zu arbeiten. Wie aus den Pressemeldungen hervorgeht, die anfänglich der Kreditwierigkeiten des Stinnes-Konzerns veröffentlicht wurden, ist es nunmehr zu einer Teilung des Vermögens gekommen, insbesondere ist an Dr. Edmund Stinnes ein Teil des Erbes herausgegeben worden. Durch diese Aufteilung des Vermögens ist aber nun doch die Steuer fällig geworden.

Denn wie auch das Testament im einzelnen abgefaßt sein mag, entweder hat eine nachträgliche Erbteilung stattgefunden oder die Witwe Stinnes hat ihren Söhnen besondere Schenkungen in Höhe der überlassenen Vermögensanteile gemacht. Sofern es sich um eine Erbauseinanderlegung handelt, tritt damit nachträglich die Erbschaftsteuerpflicht ein; die Kinder versteuern also ihr Erbe nach dem Vater. Wenn aber Schenkungen von der Mutter an ihre Söhne vorliegen, so haben diese Schenkungssteuer nach der Mutter zu entrichten. Da Erbschafts- und Schenkungssteuer nach den gleichen Grundsätzen erhoben werden, ist die Steuer in beiden Fällen gleich hoch.

Als Stinnes starb, mußten die Finanzämter latentlos zusehen, wie das gewaltige Erbe unversteuert in die Hände der Witwe überging. Bei der jetzt erfolgten Aufteilung oder müssen sie in jedem Fall eingreifen. Wir fragen deshalb das Reichsfinanzministerium, was geschehen ist, damit der Steuersiskus diesmal seine Rechte wahr, ob entsprechende Anweisungen an die Finanzämter ergangen sind und ob Maßnahmen getroffen sind, die den steuerlichen Zugriff zu dem Niesenerbe sichern, ehe es sich weiter verflüchtigt hat.

Sollte die Rechtsregierung in ihrer liebevollen Fürsorge für Stinnes die Antwort auf unsere Fragen, an denen die gesamte Öffentlichkeit großes Interesse nimmt, verweigern oder zu verzögern suchen, so wird man bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums im Reichstag wohl Gelegenheit haben, Herrn von Schuler zu zwingen.

Fort mit den Garnzöllen!

Von H. Krübig.

Die geplanten höheren Zölle auf Textilwaren sollen nicht Kampfzölle, sondern Schutzzölle sein; denn in der Begründung kehrt bei den einzelnen Tarifnummern dem Sinne nach immer die Bemerkung wieder, daß der geforderte Zollsatz nötig sei, um die betreffende Industrie gegenüber der Konkurrenz des Auslandes zu erhalten. Von vornherein muß gesagt werden, daß diese Begründung nicht nur nicht zutrifft, sondern die tatsächlichen Verhältnisse geradezu auf den Kopf stellt. Die Textilindustrie ist nicht nur erzeugende, sondern auch eine die Textilierzeugnisse verbrauchende Industrie. Die Produkte der Spinnerei z. B. verbrauchen die Webereien, Wirtereien, Strickereien. Und die Produkte der eben genannten Industriezweige verbraucht die Wäsche- und Konfektionsindustrie.

Wir haben also in der Textilindustrie zwei große Gruppen. Die Gruppe der Garnherzeuger und die Gruppe der Garnverbraucher, die gemeinsam den Rohstoff für die Bekleidungsindustrie erzeugen. Den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt haben in der Hauptsache die Garnverbraucher und die Bekleidungsindustrie zu führen. Gewiß suchen auch die Garnherzeuger zu exportieren, und soweit das möglich ist, ohne daß unsere garnverarbeitende Industrie benachteiligt wird, ist das zu begrüßen. Aber das Ziel unserer Textilwirtschaft muß in erster Linie sein, den Rohstoff, den wir meist vom Ausland hereinnehmen, nicht nur bis zu einem Vorprodukt, sondern bis zum Endprodukt der Bekleidungsindustrie zu verarbeiten.

Dieses Ziel läßt der Zolltarif vollständig außer acht. Würde die Regierung dieses Ziel im Auge haben, so müßte sie alles unterlassen, was den Zweigen der Textilindustrie, die den Textilrohstoff bis zum Bekleidungsprodukt verarbeiten, die Konkurrenzfähigkeit erschwert. Die Regierung will das Gegenteil. Trotzdem die Garnindustrie in Deutschland technisch der Auslandskonkurrenz nicht nachsteht und keinen Zollschutz braucht, soll nach der Zollvorlage der Regierung der Zoll auf die Garne beträchtlich erhöht werden.

Der Zoll für Baumwollgarne soll bis zur Garnnummer 88 verdoppelt werden. An Stelle der Staffelfung von 8 bis 25 M. pro 100 Kilo der einzelnen Garnnummern soll eine Staffelfung von 12 bis 56 M. treten. Eine Berechtigung für diese Erhöhung der Zölle kann nicht anerkannt werden. Sie kann ganz besonders nicht anerkannt werden für die Baumwollgarne, die über der Garnnummer 83 liegen. Diese Garne, besonders die feinen, über Nr. 100 liegend, kann die deutsche Baumwollspinnerei in brauchbarer Qualität aus Gründen, die mit dem Klima zusammenhängen, gar nicht herstellen. Sie müssen von England bezogen werden. Die Firma van Delden in Gronau i. W. und noch eine andere Spinnerei haben es verlernt, diese feinen Garne, die unsere Stickerei- und Spitzenindustrie hauptsächlich in Sachsen verarbeitet, herzustellen. Es konnte aber kein brauchbares Garn hergestellt werden. Da die klimatischen Verhältnisse in Deutschland doch nie mit hohen Garnzöllen überwunden werden können, so ist es ein volkswirtschaftlicher Irrsinn, der hochqualifizierten Stickerei- und Spitzenindustrie im Freihandelsverkehr einen Finanzzoll von 56 bis 66 M. pro 100 Kilogramm auf den Rohstoff aufzuerlegen. Seit Jahren kämpft die Vogtländische Stickerei- und Spitzenindustrie einen schweren Kampf mit der Konkurrenz in der Schweiz, in Frankreich und England. Der Regierung ist bekannt, daß sowohl die deutsche wie auch die englische Konkurrenz gegen die Spitzenindustrie in Calais nicht aufkommen kann. In England verlangte man in letzter Zeit auf gewebte Spitzen aus Calais einen Zoll von 33 1/2 Proz. des Wertes. Die deutsche Regierung weiß, daß die deutsche Spitzenweberei, deren Maschinenzahl 275 beträgt, durch die Konkurrenz in Calais geradezu erdrückt wird. Zwei Drittel der teuren und komplizierten Maschinen, die sämtlich in Sachsen stehen, sind ohne Beschäftigung. Der Industrie in Calais stehen englische Garnlager zur Verfügung, von denen die Fabrikanten die Garne jederzeit in kleinen Quantitäten beziehen können; sie brauchen also im Rohmaterial kein Kapital festzulegen. Ganz anders die deutsche Spitzenweberei. Sie muß, gleichviel, wie die Konkurrenz kommen wird, meist Halbjahreskontrakte mit englischen Fabriken schließen, muß also viel Kapital im Garn festlegen und im Gegensatz zur Konkurrenz von Calais infolge der höheren Fracht mehr für das Garn zahlen. Dazu kommt nun die Regierung mit einer erheblichen Erhöhung der Garnzölle. Es wäre richtig, diese Garne zollfrei zu machen und einer hochwertigen Qualitätsindustrie die Existenz zu erleichtern.

Das, was vorstehend von der Spitzenweberei gesagt wurde, gilt sinngemäß für die ganze hochqualifizierte Textilindustrie, soweit sie feine Garne verarbeitet. Hier werden Produkte hergestellt, die im Verhältnis zur Rohstoffmenge einen hohen Wert haben. In diesem Wert steckt viel deutsche Arbeitskraft, deren Ausfuhr in dieser Form zu fördern die Aufgabe einer Regierung sein sollte, die fortgesetzt betont, wir müßten Qualitätswaren exportieren, wenn wir wieder wirtschaftlich hochkommen wollten.

Worte, nichts als leere Worte! Die Praxis ist eine andere. Auf dem Gebiete der Zollpolitik sind es die Agrarier, die Eisen- und Garnherzeuger, die das Feld und die Regierung beherrschen. Die Spinnereien haben sich, nicht zuletzt mit Mitteln, die aus der Zwangswirtschaft der Kriegszeit stammen, zu mächtigen Interessenorganisationen herausgearbeitet. Und sie haben es durchgesetzt, daß in dieser Zoll-

vortage ihre Interessen denjenigen der Garnverarbeiter vorangestellt wurden. Ganz toll wird es in der Wollindustrie getrieben. Hier ist den Herren der Appetit beim Essen gekommen; und dieser Appetit ist, wie dem Unterrichteten bekannt ist, mit den in der Zollvorlage eingeleiteten Sägen lange nicht befriedigt. Für Kammgarn und Streichgarn, roh, einträchtig, beträgt der jetzige Zollfuß 8 M. Vor einiger Zeit trat der Vorschlag hervor, für Kammgarn 19 M. und für Streichgarn 21 M. pro 100 Kilogramm zu setzen. In der Zollvorlage hat man den Zollfuß für beide Garnarten auf 30 M. festgesetzt; mithin eine Erhöhung des jetzigen Zolles um 250 Proz. vorgenommen. Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt diese enorme Erhöhung des Zolles. Die Kammgarnspinnereien haben allezeit zu den ertragreichsten Betrieben der deutschen Textilindustrie gehört. Und es hat sich nichts, aber auch gar nichts geändert, aus dem man schließen könnte, daß das anders werden würde.

Diese Zollerhöhung, für die auch nicht einmal der Versuch einer stichhaltigen Begründung gemacht werden kann, ist eine schwere Beeinträchtigung unserer Wollwebereien für hochwertige Herren- und Damenbekleidungsstoffe. Die Kammgarnspinnereien betreiben hiermit eine Politik, ähnlich wie die der Schwereindustrie. Sie wollen ihre Produktion erheblich über den Rahmen des Bedarfs der inländischen Industrie ausdehnen und sich für Preisausfälle beim Konkurrenzkampf auf dem Auslandsmarkt schadlos halten an den durch die neuen Zölle erhöhten Preisen der Garne für die inländische Wollwebereien.

Das selbe Ziel verfolgen die Baumwollspinnereien; und die Garverbraucher müßten heute schon in heißem Aufbruch gegen diese Absichten der Spinnereien stehen. Denn werden diese Absichten verwirklicht, wird der deutschen Garnverarbeitenden Industrie in der Form der höheren Garnzölle die Differenz des Garnpreises auferlegt, um welche der ausländische Konkurrent das deutsche Garn billiger erhält, dann ist doch erst recht keine Möglichkeit, mit den ausländischen Garnverarbeitern zu konkurrieren. Diese Zollpolitik führt also unsere Textilindustrie, die, soweit die Garnverarbeitung in Frage kommt, auch technisch vielfach noch sehr zurück ist, in ganz unhaltbare Zustände hinein.

Nun wird gesagt, die Garnverarbeiter seien ja mit diesen höheren Garnzöllen einverstanden, und die müßten doch am besten wissen, was ihre Industrie tragen kann. Wir werden diese Frage später in anderem Zusammenhang näher untersuchen. Es sei nur heute noch gesagt, daß kürzlich der Direktor einer der größten schlesischen Webereien zu mir kam, um mich für einen höheren Zoll auf Breitgewebe zu gewinnen, und daß er dabei Stein und Bein sagte über die Unmöglichkeit, wie früher seine Produkte exportieren zu können. Als ich ihn dann auf die Inkonsequenz der erhöhten Garnzölle hinwies, die doch die Konkurrenzfähigkeit noch herabschöpfen, gab er zu, daß er sich selbst geschädigt habe, als er den Zoll Spinners, bis zur Garnnummer 85, einen höheren Zoll konzessiert habe. Den Zoll für Garnnummern über 85 hielt auch er für unberechtigt. Im übrigen hoffte er für die erhöhten Garnzölle Erfolg zu finden in den erhöhten Gewebzöllen, für die er unsere Faktion gewinnen wollte. Und das war eine führende Persönlichkeit aus der Weberei! So sieht es aus um das Wissen der Garverbraucher, welche Garnzollbelastung sie ihrer Industrie zumuten können.

Handelsprovisorium mit Polen?

Die Frage der Kohleneinfuhr.

Bei Tagesanbruch des 15. Juni löst die Verpächterung ab, die auf Grund der Verläufer Bestimmungen Deutschland im Genfer Abkommen auf sich nehmen mußte, monatlich fünfzehntausend Tonnen polnisch-oberschlesische Kohlen abzunehmen und zollfrei einzuführen. In den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die seit dreieinhalb Monaten ohne sichtbaren

Fortschritt in Berlin geführt werden, spielt die polnische Forderung nach Verlängerung dieser Kohleneinfuhr eine weit größere Rolle, als der Bedeutung dieser Einfuhr im Rahmen der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen an sich entsprechen würde.

Im ersten Vierteljahr 1923 hat Polen nach Deutschland für 138,6 Millionen Goldmark Waren ausgeführt, darunter aber nur für etwa 15 Millionen Mark Kohle. Die deutsche Ausfuhr nach Polen im gleichen Zeitraum betrug 102 Millionen Mark. Sehr groß ist die Bedeutung der Abnahme polnischer Kohle jedoch für den deutschen Kohlenbergbau. Im Ruhrbergbau liegt eine ganze Monatsproduktion auf der Halde, im Waldenburger Revier verdienen die Bergarbeiter durchschnittlich 80 Mark im Monat, so zahlreich sind die Bergschichten, und man befürchtet dort geradezu Hungerrevolten. In Oberschlesien herrscht derselbe Zustand, die deutsch-oberschlesische Kohle oder kann nicht längere Zeit auf der Halde liegen bleiben, da sie sich sonst entzündet und verbrennt.

Spricht also das Interesse des deutschen Kohlenbergbaus gegen eine Verlängerung der polnischen Kohleneinfuhr, so hat Polen daran ein desto größeres Interesse, weil bei seinen sehr schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Deviseneinnahme von 5 Millionen Goldmark im Monat zur Stützung seiner Währung sehr wesentlich ist; der Devisenbestand der polnischen Notenbank ist seit Jahresbeginn um 37 Prozent zurückgegangen — trotz der gewaltigen Erschwerung und Verteuerung jeder Auslandsreise polnischer Staatsbürger und trotz der plötzlichen Erhöhung zahlreicher polnischer Zölle um mehrere hundert Prozent, wodurch insbesondere die Luxuswareneinfuhr aus Frankreich, der Tschechoslowakei und anderen Ländern schwer getroffen wurde. Würde Deutschland keine polnische Kohle mehr aufnehmen, so würden im ostoberschlesischen Kohlenbergbau 25—30 000 von den 93 000 Arbeitern entlassen werden, wobei zu bedenken ist, daß zwar nicht mehr unter den Arbeitern, wohl aber unter den Siedlern und Beamten noch viele Deutsche sind, von denen in solchem Falle wohl auch ein größerer Teil aus Polen herausgedrückt würde.

Da nun die Handelsvertragsverhandlungen selbst bisher ein Resultat nicht ergeben haben, unter anderem auch wegen der Weigerung Polens, Deutschland die personelle Reisbegünstigung zuzugestehen, so hat Deutschland den Abschluß eines Handelsprovisoriums vorgeschlagen, zumal die Reichsregierung nach ihren Versicherungen nicht daran denkt, in einen Zollkrieg mit Polen hineinzuschlittern und auch die Vertretung Polens ständig betont, daß Polen gleichfalls einen Wirtschaftskrieg durchaus zu vermeiden wünscht. Bei dem entscheidenden Wert, den die Polen auf eine Verlängerung der Kohleneinfuhr legen, hat die deutsche Abordnung vorgeschlagen — Korsant hat diese Zahl in Warschau veröffentlicht — 60 000 Tonnen ostoberschlesischer Kohle weiter nach Deutschland einzulassen. Man sagt sich, daß, wenn man durch vollständige Ablehnung weiterer Kohleneinfuhr aus Polen zu einem Wirtschaftskonflikt käme, die deutsche Fertigindustrie ihre beträchtliche Ausfuhr nach Polen verlieren könnte.

Es ist nicht bekannt, wie Polen diesen Vermittlungsorschlag aufnehmen wird. Der Reichskohlenkommissar hat, zur Wäderung der Folgen des 15. Juni, den Kohlenimporteuren gestattet, die bis zu diesem Tage einzuführende Menge von 250 000 Tonnen bis Ende dieses Monats einzuführen.

Uns würde es nur gerecht erscheinen, wenn jene deutschen Industriellen und Exporteure, die durch Anbahnung und Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen mit Polen große Gewinne erzielen, dafür auch Opfer bringen würden, um das Los der Bergarbeiter zu lindern, die durch weiteren Kohlenbezug aus Polen schwer geschädigt werden.

Verzögerung der Pachtshuhordnung.

Zentrum und Rechtsparteien gegen die Pächter.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages hatte vor einiger Zeit nach längeren Beratungen beschlossen, die Pachtshuhordnung auf zwei Jahre zu verlängern. Gleichzeitig wurden einige unwesentliche Veränderungen zugunsten der Pächter durchgeführt. Am 10. Juni sollten die Anträge des Ausschusses im Plenum beraten werden. Groß war jedoch das Ersauern auf der Linken, als nach der Berichterstattung durch den Genossen Helling das Zentrum einen Vertragsantrag stellte, der mit Hilfe der Rechten ange-

nommen wurde. Sachliche Gründe sprachen nicht für diese plötzliche Verlängerung, es mußten vielmehr in letzter Stunde hinter den Kulissen Kräfte am Werke gewesen sein, um den Versuch zu machen, die Ausschlußbeschlüsse im Sinne der Verpächter zu revidieren.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist es der preussische Landwirtschaftsminister Steiger, welcher für die Wünsche der Verpächter eintritt und am liebsten den ganzen Pachtshuh abzubauen möchte. Minister Steiger wie auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sind in hannoverschen Wahlkreisen gewählt, wo der Pachtshuh für die dortigen vielen Kleinpächter und Heuerleute eine Lebensfrage bedeutet. Große Kreise dieser Berufsschichten haben bei den letzten Wahlen nur deswegen Zentrum gewählt, weil ihnen bezüglich der Pachtshuhordnung weitgehende Versprechungen gemacht wurden, die anscheinend das Zentrum jetzt nach den Wahlen nicht mehr halten will.

Bezeichnend für die Stellung des Zentrums zur Pachtfrage ist auch die Rede des Abg. Crone-Münzbrock, die er vor einigen Wochen gelegentlich der Beratschulung des Etats des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft gehalten hat. In dieser Rede wird zunächst ausgeführt, daß das Zentrum für einen Abbau des Pachtshuhes ist. Gleichzeitig behauptete Herr Crone-Münzbrock, daß seine Parteifreunde in Westfalen es nicht ungern sähen, wenn die Weiterbestehen der Pachtshuhordnung ihre Heuerhäuser durch Naturereignisse warm abgebrochen würden. Die übermütigen Zentrumsbauern Westfalens sind hier offenerzig genug, einzugehen, daß sie, um ihren Herrenstandpunkt durchzusetzen, gerne die Häuser ihrer Heuerleute den Flammen preisgeben, wenn die Pachtshuhordnung weiter bestehen sollte.

Sparpolitik der Reaktion.

Kein Geld für die Schule.

Seit Jahren besteht das Elend der Junglehre; alle Parteien haben sich feierlich im Reichstag und in ihrer Presse und gegenüber den Lehrerverbänden verpflichtet, bei der Haushaltsberatung im Reichstag ausreichende Mittel zur Behebung der Junglehrernot anzusetzen. Im Sparauschuß des Reichstages kann keine Einigung erzielt werden. Im Plenum des Haushalts stimmen die Deutschnationalen, die Mehrheit des Zentrums und eine Anzahl der Deutschen Volkspartei gegen die Bewilligung der Mittel. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Bewilligung von 10 Millionen wird abgelehnt und der Antrag der bürgerlichen Parteien auf 6 Millionen wird dann mit Hilfe der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und einigen Lehrern der Rechtsparteien angenommen. Für Erziehungsbeihilfen und für das Volksschulwesen und für die Volkshochschule hat man nur geringe Mittel zur Verfügung, denn es muß gespart werden. Dagegen ist trotz der vielen Hunderte von Millionen, die die Kirche und die kirchlichen Organisationen im Laufe der Jahre trotz der Trennung von Staat und Kirche erhalten haben, für die Kirche weiteres Geld da. Obwohl im Sparauschuß immer wieder betont wurde, daß keine Mittel vorhanden sind, stellten die Rechtsparteien und das Zentrum den Antrag auf Einsetzung von einer Million, die an die Kirche und an die kirchlichen Verbände zur Verteilung kommen sollte. Der Antrag wurde im heutigen Hauptausschuß mit Stimmengleichheit abgelehnt. Für das Stadion in Berlin wurden, obwohl auch die bürgerlichen Redner zugestehen mußten, daß ungenügende Unterlagen für den Antrag vorhanden sind, eine Million Mark bewilligt. Diese Sorte „Sparpolitik“ bekämpften die Sozialdemokraten auf das schärfste. Unser Genosse Müller gab die Erklärung ab, daß nach diesen Praktiken die Faktion sich vorbehalten muß, ob sie ihre Mitglieder weiter im Sparauschuß belassen will.

Die belgische Dauerkrisis. Ein sozialistisch-katholisches Kabinett Boulet sollte schon am Donnerstag die Regierung übernehmen. Da jedoch die katholische Faktion mit 33 gegen 32 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt hat, ist Boulet zurückgetreten und Van de Boverie wieder berufen. Die christlichen Demokraten erklären sehr entschieden, daß die Spaltung der katholischen Partei unvermeidlich sei.

Die Achtzigjährige spricht.

In der amerikanischen Monatschrift „The Atlantic Monthly“ finden sich die Erinnerungen einer ungenannten Achtzigjährigen, die sie als Lehren, Gebuld zu bewachen, der Sache zu dienen und die Hoffnung nicht aufzugeben bezeichnet. Es sind hier nur solche Tatsachen daraus wiedergegeben, die für den europäischen Leser ohne weiteres verständlich sind. Dabei zeigt sich, in welchem ungeheuren Ausmaße sich das Weltbild in dieser Zeitspanne geändert hat.

- Ich habe gesehen:
- Die europäische Revolution des Jahres 1848.
- Frankreich, wie es aus einer Republik zu einem Kaiserreich wurde und dann die Kommune durchmachte, um wieder eine Republik zu werden.
- Den Aufstieg und den Sturz Preußens.
- Die Geburt eines neuen Deutschlands und eines neuen Russlands.
- Ein geeintes Italien.
- Die Befreiung des russischen Selbstigenen.
- England, das aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Irland unter Disraeli zu einem Imperium wurde und das nun einen „Commonwealth freier Staaten“ darstellt.
- Einen Bauernsohn, Macdonald, als Ministerpräsidenten.
- Die lange Reihe sozialer Gesetze; den Schutz von Frauen und Kindern in der Industrie und in den Bergwerken.
- Das Ende der Negersklaverei in Amerika.
- Den Bau der großen Eisenbahnen, welche die beiden Ozeane verbinden.
- Die Entdeckung des Erdöles und seine allgemeine und sich immer steigende Verwendung.
- Motoren und Automobile.
- Das Luftschiff.
- Allgemeine Anwendung der Anästhetisierungsmethode in der Medizin und Chirurgie.
- Das Heberseefabek.
- Die veränderte Stellung der Frauen hinsichtlich Vermögensverwaltung und Vormundschaft der Kinder.
- Frauenstimmrecht.
- Kochs Lehre vom Bazillus — eine Revolution.
- Einsteins Relativitätstheorie.
- Den Weg vom Ochsen vor dem Pflug bis zum Traktor.
- Angewandte Elektrizität, wahrscheinlich erst am Anfang ihrer Möglichkeiten.
- Den Kampf für Reform der Gefängnisse und der Kriminaljustiz, für weisere, vernünftiger, heilsamere Richterprüche über den Verbrecher.
- Röntgenstrahlen, vorbeugende Medizin und Schutzimpfung.
- Radium mit seinen ungeheuren Zukunftsmöglichkeiten.
- Darwinismus mit den daraus folgenden Denkrevolutionen.
- Veränderte menschliche Haltung gegenüber Scheidung und Unehelichkeit.

Ich habe zwölf Kriege gesehen: den mexikanischen Krieg; den Krimkrieg; den Krieg für die italienische Unabhängigkeit; den indischen Aufstand; unseren Bürgerkrieg; Preußen gegen Dänemark und die Annexion von Schleswig-Holstein; Preußen gegen Oesterreich; Preußen gegen Frankreich und die Annexion von Elsaß-Lothringen; Rußland gegen die Türkei; die Vereinigten Staaten gegen Spanien; Rußland gegen Japan; den Weltkrieg.

Ein neues, ständig wachsendes Gefühl für die Friedensfrage. Erziehung zum Internationalismus.

Das Wachsen der Gewerkschaften von kleinen unbedeutenden Gruppen zu der Macht, die die Räder der Industrie zum Stillstand bringen und jedes Haus im Land in Mitleidenschaft ziehen kann. Die Teilhaberschaft der Arbeiter an Betrieben, bei denen sie angestellt sind. Die Bildung von Arbeiterbanken.

Das erschütternde Anwachsen des Kapitals und des organisierten Kapitalismus mit der furchtbaren Versuchung, seine Macht zu mißbrauchen. Diese beiden Gruppen organisierter Macht stehen einander gegenüber.

Wo unser Wetter herkommt.

Durch die Erforschung der höheren Luftschichten mit Hilfe von Registrierballons und durch den Aufstieg von Flugzeugen und Luftschiffen ist unser Verständnis für die Entstehung des Wetters sehr gefördert worden. Nachdem schon früher Flieger zum Zweck der meteorologischen Beobachtung in große Höhen aufgestiegen waren, haben jetzt englische Flieger in neuen Maschinen, ausgerüstet mit Anzügen, die elektrisch erwärmt werden, und mit Sauerstoffapparaten, die ihnen die Atmung erleichtern, sehr hohe Luftschichten aufgesucht. Die großen Flügel der Luftschiffe haben ebenfalls wichtige Ergebnisse über die Luftströme in großen Höhen ergeben. Registrierballons ohne menschliche Bemannung sind häufig bis zu Höhen von 15 bis 20 Kilometer aufgestiegen, und in einem Fall brachte sogar ein Ballon Registrierungen aus einer Höhe von 36 Kilometern. Aus diesen Messungen der hohen Luftschichten tritt die Tatsache immer deutlicher hervor, daß die Bedingungen, aus denen unsere Witterung entsteht, viele, viele Kilometer über unseren Köpfen entstehen und daß unser Wetter aus großen Höhen kommt.

Auf dieser Annahme beruht die Theorie, daß unsere Witterung hauptsächlich durch die beständige gegenseitige Einwirkung zweier großer Luftströmungen aufeinander erzeugt wird. Die eine, eine kalte Strömung, fließt vom Pol herunter, und die andere, eine warme Strömung, steigt von den Tropen aufwärts. Wo sich nun diese beiden Strömungen begegnen — und diese Punkte sind sehr verschieden — da erhebt sich die warme Luft über die kalte und es entstehen Bedingungen, die leichtes oder windiges Wetter hervorruft. Systematische Wetterberichte gehen erst etwa 100 Jahre zurück, und es war bekanntlich Goethe, der die Wichtigkeit solcher regelmäßiger Wetterbeobachtungen erkannte und mit die erste Organisation veranlaßte. Die moderne meteorologische Forschung arbeitet erst seit etwa einem halben Jahrhundert, und sie hat noch sehr viel zu lernen, bevor sie auf ganz sicherer Grundlage steht. Der Schlüssel für jede Witterung liegt ja in dem atmosphärischen Druck,

der durch die Wärmeausstrahlung der Sonne hervorgerufen wird. Steigerung des Druckes bedeutet gutes Wetter, während Abnahme schlechtes Wetter voraussehen läßt. Aber neben diesen Druckverhältnissen, die ja stets in den Witterungsberichten mitgeteilt werden, muß auch den Temperaturveränderungen in sehr großen Höhen mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Es besteht bereits ein System, um Karten auszuarbeiten, die die Luftströmungen in den niederen Schichten zeigen. Wenn es nun gelingt, diese Karten durch genaue Kenntnisse der atmosphärischen Bedingungen in den großen Höhen zu bereichern, dann wird die Wettervorhersage sehr viel sicherer und für größere Zeiträume erfolgen können.

Sterben die Maori aus? Die Ureinwohner Neuseelands, die Maori, sind weit bildsamer und daher auch anpassungs- und widerstandsfähiger als die übrigen Polynesier; trotzdem hört man meist die Ansicht vertreten, daß sie vor dem Aussterben stünden. Neuere Untersuchungen widerlegen diese Auffassung, wenn sie auch ihr Entstehen erklärlich erscheinen lassen. Seit der Ankunft der Weißen auf den Inseln sind die Eingeborenen allerdings stark zurückgegangen; während man ihre Zahl in der Zeit vor der europäischen Besiedelung auf 200 000 bis 500 000 schätzte, war sie 1857 auf 56 000 gesunken und fiel weiter auf 45 000 (1874) und 42 000 (1891). Seitdem zeigten die Zählungen aber ein langsameres Wiederaufsteigen bis auf 53 000 im Jahr 1921; dah daraus wirklich auf eine ständige Zunahme geschlossen werden kann, geht aus der Zahl der Kinder unter 15 Jahren hervor, die 1891 34, 1921 40 Proz. der gesamten Bevölkerung betrug. Dagegen scheint gerade infolge ihrer Anpassungsfähigkeit das Aufgehen der Maori in der weißen Bevölkerung nur noch eine Frage der Zeit zu sein. 1906 hatten bereits 12,7 Proz. europäisches Blut; unter den 814 Mann des Maoribataillons im Jahr 1919 gar 50,1 Proz. Auch aus andern Gründen kann auf eine weitere Verminderung der Volkszahl der Maori gerechnet werden.

Die Revolutionsmuseen im Sowjetbunde. Im Sowjetbunde gibt es gegenwärtig nicht weniger als 45 Revolutionsmuseen. Doch verfügen diese über geringe Mittel und bedürfen der Unterstützung der Zentrale. Dagegen hat sich das Revolutionsmuseum in Moskau, das im Mai 1924 gegründet wurde, außerordentlich erweitert. Ursprünglich waren nur 7 Säle eröffnet. Jetzt ist die Zahl der Ausstellungsräume auf 24 gewachsen. Das Museum hat sich zur Aufgabe gestellt, die russische Revolution von ihren Anfängen an, insbesondere die revolutionäre Entwicklung der letzten Jahrzehnte darzustellen.

Erkaufübungen der Woche. Mont. Volkshaus: „Fitzco“, Freitag Schillerstr. Doppelstraße Nord — Goethe-Bühne: „Die Brüder von St. Bernhard“, Sonnab. Schauspielhaus: „Jugend“, — Romödenhaus: „Der letzte Ruh“, — Renaissance-Theater: „Uttar“.

Ein Jesus-Drama Bernhard Shows. Wie die Zeitschrift „Das Theater“, Berlin W. 9, in ihrem nächsten Heft mitteilt, ist Bernhard Shows mit der Wiederkehr eines neuen Schauspielers beschäftigt, daß das Leben Jesu darzustellen. Die Uraufführung soll in der nächsten Spielzeit in London stattfinden.

Ein neuer Jerome. Der in Deutschland bereits erfolgreich aufgeführte englische Dramatiker Jerome K. Jerome hat eine neue Komödie mit dem Titel „Rein iches Fräulein, darf ich wasen ...“ vollendet. Die Uraufführung der Komödie findet am Schauspielhaus in Düsseldorf statt.

Die Tragödie von China.

Ein Manifest chinesischer Professoren.

Die Professoren der chinesischen Reichsuniversität zu Peking haben zu dem Schanghaier Blutbad ein Manifest erlassen, in dem es heißt:

„Die Tragödie, die sich in der Internationalen Niederlassung in Schanghai abgepielt hat, hat das chinesische Volk mit Entsetzen und Abscheu erfüllt.“

Sohnstreiks chinesischer Arbeiter in japanischen Baumwollspinnereien hatten sich in Tsingtau und Schanghai ereignet und einer der Streikenden war von den Japanern ohne jeden Grund erschossen worden. Um gegen diesen Akt der Brutalität zu manifestieren, unternahm chinesische Studenten, junge Leute und junge Mädchen, am 30. Mai einen Umzug durch die Straßen Schanghai. Sie waren nur mit Flugblättern und Drucksachen bewaffnet. Die Polizei der Internationalen Niederlassung in Schanghai, die praktisch unter vollständiger Kontrolle der Behörden und des Konsuls von Großbritannien steht, hielt es nicht für nötig, die Demonstration zu verhindern, sondern nahm einige der teilnehmenden Studenten fest. Darauf begaben sich die übrigen Studenten zur Polizei, um die Freilassung ihrer Studienkollegen zu erwirken. Die Polizei befahl ihnen, sich zu zerstreuen. Als sie dem Befehl nicht nachkamen, befahl ein britischer Polizeiinspektor, scharf zu schießen. Sechs Studenten waren auf der Stelle tot, über vierzig schwer verwundet. Das verhinderte jedoch die unbewaffneten Studenten nicht, die Demonstration zu wiederholen, und so dauerte das Gewehr- und Maschinengewehrfeuer der unter britischer Kontrolle stehenden Polizei wenigstens sechs Tage an. Die genaue Zahl der Toten und Verwundeten steht z. Zt. noch nicht fest, aber die meisten Berichte besagen, daß zum mindesten 70 Personen getötet und über 300 verwundet wurden. Die Verluste betreffen sämtlich Chinesen und weder ein Engländer noch ein Angehöriger einer anderen Nation erscheint auf der Verlustliste.

Würde irgendein gerecht denkendes Volk diese jungen Leute und jungen Mädchen als Aufwürger ansehen und gegen sie mit Gewehr- und Maschinengewehrfiren vorgehen? Kann diese Manifestation, wie einige ausländische Zeitungsjournale meinten, als fremdenfeindlich oder bolschewistisch angesehen werden? Waren nicht die Taten der Behörden mit Ueberlegung ausgeführt, da das Vorgehen sechs Tage lang andauerte? Warum hat weder der britische noch der japanische Gesandte in Peking sofort dem Morden Einsicht getan, wenn sie es nicht billigten, das sind Fragen, die wir nur aufwerfen, aber nicht beantworten wollen. Man wird es in Europa und in Amerika kaum glaublich finden, daß Beamte zivilisierter Staaten solche Taten begehen oder billigen konnten, aber eine Erklärung kann leicht darin gefunden werden, wenn man bedenkt, daß die Ausländer in China seit langem durch ungerechte Vertragsklauseln privilegiert worden sind, und aus diesem Grunde den Sinn für moralische und rechtliche Verantwortung verloren haben, den ihre Landsleute in ihrer Heimat besitzen.

Jetzt herrscht ein Gefühl der Erbitterung in allen Klassen der chinesischen Bevölkerung. Streiks in britischen und japanischen Fabriken und Boykotts gegen britische und japanische Waren kommen in ganz China auf.“

Straßenkampf in Kanton.

Kanton, 13. Juni. (Reuter.) Dreitausend Mann der Kantontuppen überschritten gestern von der Insel Honan aus den Strom und gingen drei Meilen östlich von Tungshan an Land. Neulich von Tungshan, einer Vorstadt von Kanton, begann sodann ein Gefecht. Später drangen die Kantontuppen weiter in die Stadt ein; sie kämpfen jetzt in der Nähe der Universität von Kanton halbwegs zwischen Tungshan und dem Ausländerviertel Schamien. Die strategisch wichtigsten Punkte von Schamien sind mit Sandsäcken und Barrikaden besetzt worden. Dies ist nur eine Vorsichtsmaßregel, da Unruhen nicht erwartet werden. (?)

Eine Anklagerede Lloyd Georges.

London, 13. Juni. Lloyd George erklärte in einer Rede in Scarborough: Eine Ursache von endlosen, möglichen Schwierigkeiten sei die engherzige, ungerechte und harte Anwendung der Bedingungen des Versailler Vertrages. Dieser sei ein schwerer Vertrag; aber dies sei um so mehr ein Grund, ihn mit Toleranz, Wahrheit und Weisheit auszulegen. Er enthalte Bestimmungen, welche es möglich machten, ihn von Zeit zu Zeit abzuändern und zu beschränken. Obgleich die Alliierten den Geist der Bedingungen mit Bezug auf die Reparationen durchzuführen hätten, träte dies nicht zu bezüglichen anderer Fragen. Lloyd George erwähnte das Ruhrgebiet, wo die Forderungen der Franzosen im großen und ganzen von einer Art seien, welche die Leidenschaften einer Bevölkerung, die ganz natürlich ihrem Vaterland anhängen, erregen müsse.

In Oberschlesien sei nicht das Urteil gefällt worden, das man von einem unparteiischen, rechtlichen Tribunal erwartete. Dies werde in Zukunft weitere Schwierigkeiten für Europa schaffen. Man nehme weiter den Fall der Nichträumung Ostens. Es gäbe nichts Gefährlicheres für den Frieden, als die Befestigung eines Landes durch die Truppen eines anderen Landes. Die Engländer hätten Ostens bereits im Januar räumen müssen, hätten es aber immer noch nicht getan. Weshalb? Die Franzosen entdeckten plötzlich, daß die Deutschen die Abrüstungsbestimmungen des Vertrages nicht durchzuführen hätten. Lloyd George fuhr fort: Er sage keineswegs, daß der Vertrag nicht hier und da ein wenig verletzt worden sei; aber im wesentlichen hätten die Deutschen ihn durchgeführt. Lloyd George erklärte: Es sei ein wenig seltsam, daß er, der eine führende Rolle im Krieg gespielt habe, hierher komme, um für einen Feind zu plädieren. Er tue dies aber im Interesse der Gerechtigkeit und Billigkeit, und als einer, der im Interesse des britischen Reiches seinen Namen unter den Vertrag gesetzt hätte.

Zur Pakfrage führte Lloyd George aus: Es scheint, daß Frankreich seine Grenzen durch England und Deutschland garantiert sehen wolle, daß es jedoch die Freiheit haben wolle, durch Deutschland zu marschieren, wenn ein Streit mit Polen, der Tschechoslowakei oder irgendeiner anderen Macht einträte. Wenn Frankreich sagen würde, daß es in jedem derartigen Streitfall um einen Schiedspruch ersuchen würde, so würde dagegen nichts einzuwenden sein. Aber wenn England dem Pakt beitrete, nur um Frankreich eine Sicherheit zu geben, die es ihm ermöglichen würde, ungestrukt gegen Deutschland Krieg zu führen, so sei das ein Ereignis, welches die Engländer nicht billigen könnten. Man müsse ansehen, daß in dieser Frage der richtige Schritt getan werde. Lloyd George erklärte unter Beifall: Vor allem müsse der Bältenbund gestärkt werden. Die Forderung von Frankreich könne lauten: „Sieht zu dem Friedensvertrag!“ Lloyd George sagte: Ja, aber zum gesamten Vertrag, bei dem die ersten 20 Bestimmungen die Verfassung des Bältenbundes bilden! Die ersten Seiten des Paktes sind eine feierliche Erklärung, die von den Nationen unterzeichnet ist, daß Streitigkeiten in Zukunft durch rechtliche Erwägung und nicht durch Gewalt geschlichtet werden müssen. Laßt uns darauf bestehen, daß der Bältenbund das Recht hat, zu entscheiden. Lloyd George schloß: Ich will nicht, daß das britische Reich mit dem Kaiser auf der Seite durch die Zeiten geht. Laßt Großbritannien seine Pflicht tun und nichts fürchten.

Die Auslandsanleihe der Stadt Berlin.

Eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung.

Die Städtische Finanz- und Steuerdeputation hat bereits vor einigen Tagen prinzipiell ihre Zustimmung zur Aufnahme einer Auslandsanleihe von 50 Millionen Mark erteilt. Jetzt liegt der Berliner Stadtverordnetenversammlung in endgültiger Fassung die Anleihevorlage des Räumers vor. Danach schlägt der Berliner Räumers die Aufnahme einer amerikanischen Anleihe in Höhe von 15 Millionen Dollar für den Erweiterungsbau des Städtischen Elektrizitätswerkes und für die endgültige Finanzierung der Nord-Süd-Bahn vor. Der Haushaltsauschuß hat in seiner gestrigen Sitzung bereits unter dem Titel „Außerordentliche Verwaltung“ seine Zustimmung zu dieser Anleihe gegeben. Allerdings übersteigt der Betrag von 15 Millionen Dollar um 13 Millionen Mark die bisher angegebene Summe. Bei den Stadtverordneten aller Parteien herrscht aber darüber Übereinstimmung, daß Berlin diese Anleihe unter allen Umständen gebraucht. Ueber den Städtischen Elektrizitätswerk schwebt das Damoklesschwert der Anschlußsperre. Der Vorstand der Werke hat erklärt, daß am 1. Juli die Sperre erfolgen muß, wenn die Finanzierung des projektierten Neubaus nicht gesichert werden kann. Unter keinen Umständen darf Berlin in diese Lage kommen. Die Schwierigkeiten, die die Aufsichtsbehörden zurzeit der Anleiheauflegung noch bereiten, müssen unter allen Umständen überwunden werden. Es ist unmöglich, aus laufenden Einnahmen die ungeheuren Erweiterungsbauten zu leisten, zu denen die Stadt gezwungen ist. Wenn die Aufsichtsbehörden der Anleihe Schwierigkeiten machen sollten, dann würden sie damit die Verantwortung dafür übernehmen, daß in kurzer Zeit keine Anschlüsse an die Elektrizitätswerke mehr vorgenommen werden können. Sie trügen auch die Verantwortung für die Einstellung des Weiterbaus unseres Schnellbahnhanges. Man kann hoffen, daß die wirtschaftliche Einsicht über alle anderen Bedenken siegen wird und die Stadt endlich in die Lage versetzt wird, wenigstens einen Teil ihrer Aufgaben zu lösen.

Zufmord an einer Zehnjährigen.

Hohe Belohnung zur Ergreifung des Täters.

Heute früh um 4½ Uhr wurde die Leiche der 10 Jahre alten Schülerin Senta Eckert, die seit dem 8. d. M. vermißt wurde, aufgefunden. Die Leiche lag in einem Kornfelde dicht an der Bahnstraße Berlin-Karow.

Die kleine Eckert, die bei ihren Eltern in der Stolpischen Str. 41 wohnte, war am 8. Juni, dem letzten Ferientage, nach dem väterlichen Laubengrundstück in Blankenburg geschickt worden. Das Kind hatte diesen Weg schon öfter allein gemacht, und so trugen die Eltern auch diesmal keine Bedenken. Morgens um 8½ Uhr war es von Hause weggegangen, um, wie gewöhnlich, vom Bahnhof Gesundbrunnen abzufahren. Da die väterliche Laube dem Bahnhof Karow näher liegt, so ist das Kind auch bis dahin gefahren, um dann wenige hundert Meter den Bahndamm zurückzugehen. Hier muß man in einen kleinen Seitenweg abbiegen und gelangt danach auf das Laubengelände. An dem fraglichen Tage war das Kind nicht in der Laube angekommen und seitdem spurlos verschwunden. Die besorgten Eltern boten alles auf, um den Aufenthalt ihres Kindes zu ermitteln. Das kleine Mädchen besuchte ein Jugendheim in der Nähe der Stolpischen Straße und galt als eine aufgeweckte und begabte Schülerin. Die letzte Zensur, die es nach Hause brachte, war gut, und es lag deshalb kein Grund vor, anzunehmen, daß es sich aus Furcht vor der Schule heimlich entfernt habe. Auch häusliche Strafen oder Rügen hatte es nicht zu befürchten. Alle diese Umstände machten es wahrscheinlich, daß das Kind verschleppt worden sei. Die Nachforschungen der Vermittlungsstelle des Berliner Polizeipräsidiums führten trotz eifrigen Fahndens zu keinem Ergebnis. Trotzdem man die nähere und weitere Umgebung des väterlichen Grundstücks schon mehrmals abgesehen hatte, begannen gestern abend Besuche der Familie noch einmal zu suchen. In den späten Abendstunden fanden sie am Abhang des Bahndammes das kleine Hantelförbchen, das die Vermisste bei sich getragen hatte. Bei weiterer Suche entdeckte man auch noch eine Haarschleife. Diese lag am Rande eines ungefähr 20 Morgen großen Roggenfeldes, der sich westlich des Bahndammes hinzieht. Nach einmal wurde die Seite des Roggenfeldes, die der Straße zugewandt ist, Schritt für Schritt durchstreift. Schließlich trafen die Suchenden, ungefähr in der Mitte des Feldes zehn Schritt in den Roggen hinein, auf eine Stelle die arg zertreten war, und fanden hier einige Kleidungsstücke, die dem vermißten Kinde gehörten. Da inzwischen schon die Nacht hereingebrochen war, stellte man das weitere Suchen ein und alarmierte die Kommission. Die Kriminalkommissare Werneburg und Albrecht trafen in der Nacht dort noch ein, und beim Morgen grauen wurde die Suche mit dem mitgebrachten Polizeihund „Benz“ von neuem aufgenommen. Der Hund verbeißte zwanzig Schritte weiter in das Feld hinein ein neues Hundstich und mehrere Meter davon entfernt die Leiche. Das kleine Mädchen lag auf der linken Seite vollkommen zusammengekrümmt. Es trug nur noch das Hemd und das Kleiderchen. Der ganze Befund ließ darauf schließen, daß es das Opfer eines Zufmordes geworden ist. Als die betümmerten Eltern herbeigeholt wurden, erkannten sie sofort ihr Töchterchen.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach dem Düstling, der am Himmelfahrtstage den Ueberfall begangen hatte, führten zur Verhaftung verdächtiger Männer. U. a. wurde auch ein Arbeiter aus der nahen Pulverfabrik festgenommen. Doch konnte ihnen allen bisher die Täterschaft nicht nachgewiesen werden. Zur Ergreifung des Täters wird eine hohe Belohnung ausgesetzt. Alle Personen, auch die, die mit dem kleinen Mädchen um 9 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen abgefahren sind und sich des Kindes noch entsinnen, werden gebeten, sich umgehend bei der Kommission Werneburg-Albrecht im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden.

Ein prächtiger Schwiegersohn.

Wie leicht man in einen Kuppelprozeß verwickelt werden kann, zeigte dieser Tage eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof. Es hatten sich die Eheleute H. und die Ehefrau Schurig wegen Kuppelverdachts an ihren eigenen Kindern zu verantworten. Die Vorgeschichte der Gerichtsverhandlung ist ungefähr folgende:

Die Tochter Käthe des Malermeisters H. lernte im vorigen Jahre in den Kammerkutschspielen in der Teiktower Straße einen „Dr. Schurig“ kennen, der sich dort abends als Einlasser betätigte, um sich angeblich sein studentisches Taschengeld zu verdienen. Er führte sich auch bald bei dem Malermeister mit Couleurband und akademischem Schneid ein und spaltete den strebsamen, aber mittellosen Studenten. Bald reichete, wie er dem Vater des Mädchens vorwandte, seines Vaters Geld zum Studium nicht mehr aus. Da ihm sein zukünftiger Schwiegervater für seine „Studien“ auch kein Geld geben wollte, begann er, das Arbeiten zu „studieren“. Er ging zunächst zu einem Apotheker in Stellung. Hier wurde oft der „Herr Dr. Schurig“ am Telefon verlangt, um ja keine Zweifel über ihn aufkommen zu lassen. Der Apotheker hatte aber bald genug von ihm und entließ ihn. Dann studierte er auf einigen Stellen „Anfänger“. Auf einer dieser Stellen ließ er schnell seine Frau, die er gar nicht hatte, sterben, um sich gesammelte Gelder seiner missglückten Kollegen zu erwindeln und dann zu verschwinden. Als nun der Verkehr mit der Tochter des H. nicht ohne Folgen blieb, ging er mit ihr und ihrer Mutter zum Standesamt, um das Aufgebot zu bestellen. Hier stellte sich heraus, daß der Bräutigam noch gar nicht 21 Jahre alt, kein Doktor, sondern Kaufmann war und noch nicht ausgedient werden konnte. Jetzt mußte er mit seiner Hochzeit bis zu seinem Geburtstag warten. Seine Mutter mißte für ihn und seine zukünftige Frau ein Zimmer, weil er sonst ziemlich oft sein Quartier wechselte. Kurz bevor er dieses Zimmer

bezog, wohnte er noch acht Tage in einer Bodenkammer, die ihm die Eltern seiner zukünftigen Frau zur Verfügung stellten. Während dreier Nächte war hier seine Braut bei ihm. Vom Vormundschaftsamt will er angeblich den Bescheid bekommen haben, daß er mit seiner Braut das gemietete Zimmer beziehen könne. Wegen des zu erwartenden Kindes gaben die Eltern ihrer minderjährigen Tochter die Heiratsverlaubnis und gestatteten das Zusammenziehen der beiden. Als aber der „Bräutigam“ mit der gefälschten Unterschrift seines Schwiegervaters Farben und Materialien erschwandelte, zog H. seine Einwilligung zurück und holte die Tochter nach vier Wochen wieder nach Hause. Schurig wiegelte nun den Kaufmann Stejanst, der früher in demselben Hause wie H. wohnte und diesem nicht wohlgefiel, auf, Anzeige gegen H. zu erstatten. Es wurde aber auch seine eigene Mutter, die das Zimmer für die beiden gemietet hatte, mit hineingezogen. Die Aussage des St. war stark übertrieben und von reinster Rachsucht getragen. Dem Gericht hat er es zu verdanken, daß er nicht verurteilt und dadurch vielleicht meideidig wurde. Das Gericht brandmarkte gründlich das Verhalten des Angeklagten sowie des ungeratenen Sohnes und sprach alle drei der Angeklagten frei.

Noch immer Wassernot.

Tiefbohrer an der Arbeit.

Das vorgestern in Angriff genommene Verbindungsrohr der Berliner Wasserwerke mit den Charlottenburger Wasserwerken A.-G. ist gezogen. Die neue Verbindung kann zunächst nur höchst minimale Ergebnisse zeitigen, da sie bei starker Ausnutzung die Ueberleitung von knapp fünftausend Kubikmetern Wasser gestattet. Als Kuriosum sei festgestellt, daß im Norden Berlins infolge der Betriebsstilllegung des Niederschönhauser Wasserwerks das Grundwasser in Keller und Gärten steigt. Weiße Strecken Landes, so u. a. die Beetanlagen der Laubentolonisten sind unter Wasser gesetzt. Seltsame Laune des Schicksals, während im Westen und Südwesten jetzt zu gleicher Zeit das gleiche Maß zum kostbarsten Kleinod zu werden beginnt, weil es so entsetzlich rar ist.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Die Berliner Wasserwerke haben während der zwölf Nachmittage von Donnerstag auf Freitag etwa 1500 Kubikmeter Wasser abgegeben. Die Abgabe während der gestrigen Tagesstunden ist höher geworden. Durch den Anschluß ist der Druck in dem umliegenden Versorgungsgebiet um etwa drei Meter gestiegen. Die Arbeiten an den Brunnenanlagen im Werk Johannishof werden fortgesetzt. Die Bohrkolonnen werden auch Sonntag arbeiten. Von Montag oder Dienstag an werden auch zwei Bohrkolonnen im Werk Veellhof eingeleitet, so daß im Laufe der nächsten Woche fünf Bohrkolonnen tätig sein werden. Ein Beamter des Polizeipräsidiums wird ständig darüber wachen, daß die zur Behebung der Wassernot erforderlichen Arbeiten mit der größten Schnelligkeit ausgeführt werden.

Etwas sonderbar mutet folgende Mitteilung an, die uns zugeht. In vielen Berliner Restaurants, die natürlich alle zu ebener Erde gelegen sind, kann beobachtet werden — vornehmlich auch in den von der Wassernot betroffenen Stadtteilen —, daß in die umfangreichen Spillanlagen dauernd Wasser ein- und abläuft. Das ist auf jeden Fall zu verurteilen, denn wenn sämtliche Gastwirtschaften eine derartig unverantwortliche Wasserentnahme vornehmen — werden die Leidtragenden die Bewohner der oberen Stockwerke bleiben. Auch hierauf müßte demnach die Polizei besonderes Augenmerk lenken.

Keine Aussicht auf Regen.

Schon die letzten Tage brachten über Nordeuropa eine deutliche Trennungslinie von warmer Luft südlischer Herkunft und kalten nördlichen Luftmassen. Mit starkem Druckfall, der eine nordöstliche allgemeine Luftströmung hervorrief, drangen die kalten Luftmassen langsam nach Süden vor. Am gestrigen Spätnachmittag wurden die deutschen Küstengebiete erreicht, während Mitte-Deutschland in den letzten Stunden des Tages eine stärkere Abkühlung erfuhr. Niederschläge sind in Mitteldeutschland nicht gefallen. Das kommt daher, weil die kalten Luftmassen nicht wesentlich höher als 1½ bis 2 Kilometer reichten. Außerdem war vorher die hier lagernde warme Luft sehr trocken, so daß es nur zu härterer Wolkenbildung kam. Doch sind im Rheinland, in Süddeutschland und Oesterreich in der Nacht und am heutigen Morgen weitverbreitete Gewitter aufgetreten. Wir werden fernernhin zunächst unter dem Einfluß der etwas kühleren Luftmassen bleiben, die uns vorwiegend etwas mäßiges Wetter bringen. Mit stärkeren Regenfällen ist zunächst noch nicht zu rechnen, sondern es können höchstens mit lokalen Böen geringe Niederschläge auftreten. Für Berlin und Umgebung wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Wetter bei leichter Bewölkung und zeitweiliger Aufheiterungen den heutigen Charakter beibehalten.

Die Kleingärten bei der Rählung am 16. Juni.

In der vorigen Woche durch das Statistische Amt verbreiteten Zeitungsnachricht über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni d. J. befindet sich eine Bemerkung des Inhalts, daß ein Land- und Forstwirtschaftsbogen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, einschließlich Lauben- und Kleingartenland von 500 Quadratmeter Umfang und mehr zur Ausfüllung ausgegeben werde. Das erweckte zunächst den Eindruck, als sollten Kleingartenflächen mit weniger als 500 Quadratmeter überhaupt nicht mitgezählt werden. Die inzwischen verteilte „Haushaltungsliste“ (Druckform Nr. 1) enthält aber auf der vierten Seite unter „I. Besondere Fragen für Bodenbewirtschaftung“ die Hauptfrage: „Wird von einem Mitglied (oder mehreren Mitgliedern) der Haushaltung Landwirtschaft oder Forstwirtschaft oder Weinbau oder Gartenbau oder Fischerei betrieben, d. h. eine Bodenfläche wiewauch von kleinstem Umfang — als Acker, Gartenland, Wiese, Weide, für Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabakbau usw., als Wald- oder Holzland oder als Fischgewässer — bewirtschaftet?“ Und dazu wird erläutert: „Die Frage ist auch dann zu bejahen, wenn nur Kleingärten (Laubengärten, Schrebergärten und dergleichen) bewirtschaftet werden, dagegen bleiben Kleingärten (auch solche, in denen nebst einem unbedeutenden Anbau von Nutzpflanzen stattfindet) außer Betracht.“ Das Kleingartenland bis zu 500 Quadratmetern wird also in der Haushaltungsliste mit erfaßt, und zwar hier ausschließlich und nur nach den Gesichtspunkten: „Wie groß ist die bewirtschaftete Fläche? Davon ist: a) eigene Fläche (auch Erbpachtland), b) gepachtete Fläche, c) sonstige Fläche (Nutznießung, Dienstland, Deputatland usw.)“ Die Zahl der Kleingärten unter 500 Quadratmetern wird hiernach nur nach ihrem Umfang und ihren Besitzverhältnissen ermittelt, nicht auch danach, welche Einrichtungen und Bewirtschaftung in diesen Gärten vorkommen. Dagegen werden alle Kleingärten über 500 Quadratmeter in dem besonderen Fragebogen für Land- und Forstwirtschaft zum zweiten Male gezählt und in ihrer ganzen Bewirtschaftungsart, gewissermaßen als landwirtschaftliche Kleinbetriebe“ ermittelt. Diese Auseinandersetzung des Kleingartenbegriffs mag zu bedauern sein. Es scheint aber, daß es der Statistik nicht möglich gewesen ist, hier anders, das heißt zweckmäßiger zu verfahren. — Diese Zellen mögen den Hunderttausenden von Kleingärtnern, die, nach den vielen Anfragen zu schließen, zum Teil beunruhigt sind, zur Aufklärung dienen.

Ein 70jähriger Ertrunken. Beim Baden in der Havel bei Satrow wurde der 70jährige Rentner Otto Tiege aus Berlin, der in Potsdam bei Angehörigen in der Chausseestraße wohnt, von einem Schlagschiff ertrunken. Seine Leiche wurde aus dem Wasser geholt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

102. Abt. Oberstaatsanwaltschaft, Montag, Familienausflug nach Jüterbog. Treffpunkt nach 2 Uhr an der evangelischen Kirche. Gemessen benachbarte Wohnungen sind willkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Hilfslosigkeit.

Die Taktik des Kaputtschlagens um jeden Preis, die die Bolschewisten seit Anbeginn verfolgen, hat elend Schiffbruch gelitten. Sie sind gezwungen, in Rußland dem Kapitalismus ein Bett zu bereiten, um ihre eigene politische Diktatur über die Masse des russischen Volkes aufrechtzuerhalten. Sie sind gezwungen, in allen anderen Ländern ihre Putztafel abzubauen, um nur irgendwie wieder „heran an die Massen“ zu kommen, die ihnen längst davongelaufen sind. Ihre Prophezeiungen von der bevorstehenden „Weltrevolution“ hat sich als ein ebenso großer Humbug erwiesen, wie ihre gesamte Wirtschaftspolitik nichts anderes war und ist als Dilettantismus unwilliger Abenteuerer.

Der neuen Sanierungskrise, der Deflation der Kartelle und Kongresse, die durch die Inflation geschaffen wurden, stehen sie daher mit erbarmungswürdiger Hilfslosigkeit gegenüber. Und da sie sich diese Krise nicht zu deuten wissen, kündigen sie zum 500stenmal den „Ausbruch der allgemeinen Wirtschaftskrise“ als Folge des Dawes-Abkommens an. Natürlich sind wieder die verfluchten Sozialdemokraten und die arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaften an allem schuld. Wenn Stinnes bankrott macht, so ist der ADGB dafür verantwortlich. Wenn die Bergherren Zeichen stilllegen, dann steht natürlich die SPD dahinter.

Was aber macht die KPD? Sie hat uns doch längst totgesagt! Sie ist doch die „alleinige proletarische Massenpartei“, die sogar ihre eigenen Gewerkschaften ausgezogen hat. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter, die der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale angegeschlossen ist, ist ganz niederträchtigen Klassenverrat, indem sie die Forderungen nach noch immer duldet. Ja, sie geht sogar so weit, mit den Behörden und Instanzen die notwendigen (!) „Verhandlungen“ zu führen. Wo ist die große bolschewistische Aktion gegen die Wirtschaftskrise „von einer Allseitigkeit und Intensität, wie sie selbst im Nachkriegs-Deutschland kaum erlebt worden ist?“ (So wenigstens schreibt die „Rote Fahne“.)

Das bolschewistische Blatt weiß sich und ihren Lesern nur einen „praktischen“ Rat. „Es ist die Pflicht der Betriebsräte, für die Offenhaltung der Betriebe durch Kreditgewährung an die Belegschaften zu sorgen.“

Also „Besetzung“ der Betriebe. Diese glorreiche Taktik haben die Bolschewisten in Italien mit dem demeritenswerten Erfolg angewandt, die Hochstiefen in den Sattel zu heben. Das ist natürlich ein Grund mehr, den Versuch in Deutschland zu wiederholen. Denn in Deutschland gibt es immer noch mächtige Gewerkschaften und eine große Sozialdemokratie, an denen sich die Bolschewisten bisher die Zähne ausgehauen haben.

Sie werden sich bescheiden müssen! Wenn sie hinter uns herlaufen, so lagern wir mit Goethe: Und ihres Bellsens lauter Schall beweist nur, daß wir sie reiten.

Reichskonferenz der Konditionen.

Am 7. Juni tagte in Magdeburg eine Reichskonferenz der Konditionen, die von 29 Delegierten aus 25 Großstädten besetzt war. Der Reichssekretarleiter F. Weidler wies den Stand der Sektoren in den einzelnen Orten nach und stellte fest, daß seit Beginn des laufenden Jahres 400 Mitglieder (Beihilfen) neu gewonnen wurden. In manchen Orten wirkt der junge Nachwuchs aus den Kleinstädten sehr organisationshindernd.

Das Tarifwesen ist unter dem wachsenden Widerstand der Bundesleitung der Innungen in den letzten Jahren ungünstiger geworden und die amtlichen Schlichtungsstellen greifen bei Lohnbewegungen manchmal nur ein, wenn die „Gefahr“ besteht, daß die Bewegung den Arbeitnehmern wirtschaftlichen Schaden verursacht, während im entgegengesetzten Falle es vorgekommen ist, daß der Schlichter erklärt, keinen Schiedsspruch fällen zu können, weil das Gewerbe für das allgemeine Wirtschaftsinteresse zu unbedeutend sei.

Hinsichtlich der notwendigen Verbearbeitung trat das Verlangen zutage, daß von der Organisation auch auf die tatsächliche Ausbildung der jüngeren Kollegenschaft durch Einrichtung von Unterrichtsstunden noch mehr Wert als bisher gelegt werde.

Der Hauptpunkt der Tagung bildete die Stellungnahme zum Achtstundentag und zur Sonntagsruhe in den Konfessionsbetrieben. Hierzu gab sich 2. Verbandsvorsitzender, die Einleitung und führte den Vertretern nochmals den Wert unserer Schutzbestimmungen und unserer Grundzüge zu dieser Frage vor Augen. Weidler ging auf die einander widersprechenden Urteile der Gerichte und die Stellung der Innungen zur Sonntagsruhe, sowie auf unseren Kampf gegen jede Verschlechterung der Verordnung ein. Die Konferenz nahm hierzu einstimmig eine Entschließung an, in der gesagt wird, daß die heutige Verordnung das Mindestmaß des Schutzes darstellt, den die in Kondition- und Süßspeisebetrieben beschäftigten Personen zu fordern haben und deshalb jede Verschlechterung der Bestimmungen abgelehnt wird. Die Konferenz legt vor allem die schärfste Bewachung dagegen ein, daß die Gewerbebehörden verschiedener Gemeinden und Gemeindefürsorgevereine sowie Länderregierungen dazu übergegangen sind, einzelne Bestimmungen der Verordnung zeitweilig außer Kraft zu setzen. Entschieden wird weiter dagegen erhoben, daß nach jeder Sache Gerichte entgegen dem klaren Wortlaut der Verordnung die Herstellung von Konditionwaren an Sonntagen als eine „Notstandsarbeit“ unter Bezugnahme auf § 105c, Abs. 1, Ziffer 4, der Reichsgewerbeordnung angehen und schwere Vergehen gegen die Verordnung ganz frei von Strafe gelassen oder nur mit geringen Geldbußen belegt haben. Die Konferenz fordert vom Reichsarbeitsministerium und vom Reichsjustizministerium, der reichsgesetzlichen Verordnung vom 23. November 1918 wieder Geltung zu verschaffen und erwartet schließlich, daß bei allen Beratungen über die Arbeitszeit im Gewerbe vom Arbeitsministerium auch die Meinung der Deutschen Rohrbau- und Genußmittelarbeiter-Verbandes gutachtlich gehört wird.

Wegen die Sonntagschlachtungen.

Gestern hielt die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Fleischer in der „Biechdörfe“ eine Versammlung ab, die sich mit dem Thema der Sonntagschlachtungen beschäftigte. Die Versammlung war stark besucht. Der Referent Schulz führte aus: In der öffentlichen Versammlung im Mai hat der Zentralver-

band drei Forderungen gestellt: 1. Größter Schutz gegen Unfälle; 2. Vertretung im Kuratorium; 3. Verbot der Sonntagschlachtungen. In Erfüllung der ersten Forderung habe man dem Zentralverband weitestgehendes Entgegenkommen bewiesen, dagegen haben die Sonntagschlachtungen sehr stark zugenommen. Die Sonntagschlachtungen seien nur so weit berechtigt, als nicht Kühlungsmaschinen für die Aufbewahrung von Fleisch vorhanden seien. Die meisten der Großschlächter aber besitzen solche Kühlkammern. Die Engroschlächter hätten erklärt, auf die Sonntagschlachtungen verzichten zu wollen, wenn die Ladenschlächter mit der Verlegung des Fleischmarktes von Montag auf Dienstag einverstanden seien. Dazu waren die Ladenschlächter aber nicht bereit. Nun habe das Gewerbeausschüßsamt sich durch die Drohungen der Engroschlächter, sie würden auch schlachten, selbst wenn es verboten werde, sich breitschlagen lassen und habe dem Interessentenverband der Engroschlächter Schlachtmärkte gegeben, was einer generellen Erlaubnis der Sonntagschlachtungen gleichkäme. Zwar habe das Gewerbeausschüßsamt erklärt, daß es, je nach dem Stand des Wetters, die Sonntagschlachtungen gestatten oder verbieten wolle. Aber es habe sich gezeigt, daß am letzten Sonntag in 90 Kammern (135 sind vorhanden) geschlacht worden ist. Auch sei die Zeit von 5 bis 8 Uhr nicht innegehalten, sondern weit überschritten worden. Hier helfe nur eine starke Organisation.

In der Diskussion sagte der Vertreter des Gewerbeausschüßsams zu, die Beschwerden noch einmal eingehend zu prüfen.

Irreführende Angebote der Siemens-Betriebe.

Infolge der schlechten Bezahlung von Facharbeitern bei der Firma Siemens u. Halske A.-G., Blockwerk, macht sich eine starke Fluktuation, speziell bei den Rotorenschloßern, bemerkbar. Dies veranlaßt die Firma, sich die Notlage der Rieder arbeitslosen Metallarbeitern zunutze zu machen. Der Lohnbureau-Vorsteher der Firma fährt persönlich nach Kiel, um dort durch unwahre Versprechungen Arbeitskräfte für diesen Betrieb zu gewinnen. Er hat z. B. in Kiel die Behauptung aufgestellt, der Grundlohn der Rotorenschlosser im Werk betrage 0,95 M., während man im Accord einen Stundenverdienst von 1,20 M. erzielen würde. Nun steht aber fest, daß qualifizierte Facharbeiter der früheren Klasse I im Accord durchschnittlich 0,95 bis 0,98 M. verdienen können. Als unser Gewährsmann hier eintraf, um auf Grund der gegebenen Versprechungen die Arbeit aufzunehmen, mußte er feststellen, daß ihm nur ein Stundenverdienst von 0,85 M. zugestanden wurde. Auf seinen Protest wurde ihm erklärt, daß man in der ersten Zeit nicht mehr zahlen könne. Außerdem möchte er doch bedenken, daß er sich als Revisor in einer „gehobenen Stellung“ befinde. (!)

Außerdem gibt die Firma durch den Mund des Lohnbureau-Vorstehers den neu angewandten Kollegen die Versicherung, daß für ihr Unternehmen (gute Wohngelegenheit) Sorge getragen wird. Wahr ist dagegen, daß die Kieler Arbeiter tagelang in Berlin umherirren, ehe sie ein Unterkommen finden. Sie sind gezwungen, in der Zwischenzeit im Asyl für Obdachlose oder sogar im Freien zu übernachten. Es ist auch noch zu berücksichtigen, daß Schlafstellen in den seltensten Fällen unter 5 M. wöchentlich nicht zu erhalten sind.

Da die Firma natürlich sehr genau weiß, daß bei den geschilderten Verhältnissen die so gefährdeten Arbeiter den Betrieb studierfähig verlassen würden, ist sie in der Bewilligung von Vorschüssen ziemlich großzügig und zahlt oftmals bis zu 100 M. Der Zweck ist so durchsichtig, daß man nur annehmen kann, daß die Notlage der Arbeiterschaft, speziell der Kieler Metallarbeiter, dazu benutzt werden soll, um sie in eine ungeheure Abhängigkeit zu bringen.

Erfolgreich beendeter Streik.

Der Streik der Kunststeinverleger ist nach 3 1/2wöchiger Dauer erfolgreich beendet worden. Der Schlichtungsausschuss am 3. Juni hat einen Schiedsspruch gefällt, in welchem für die Verleger für die Zeit bis zum 30. September ein Lohn von 1,32 M. festgesetzt wurde. Den Hilfsarbeitern wurde keine Lohnhöhung gewährt. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt, von den Arbeitgeberern angenommen und die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Bei der Verhandlung vor dem Schlichter über die Verbindlichkeitsklärung am 12. Juni 1925 wurde durch Parteinverhandlung für die Verleger ein Lohn von 1,47 M. für die Schleifer ein Lohn von 1,23 M. und für die Hilfsarbeiter von 1,13 M. festgelegt. Die Auslösung für die auswärtigen Arbeiten beträgt 5 M. pro Tag.

Neue Verhandlungen im Transportarbeiterkonflikt.

Essen, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilung des Transportarbeiter-Verbandes sind laut Beschluss der Zentralstreikleitung die für Sonnabend angekündigten Streikmaßnahmen in Rheinland und Westfalen auf Grund in letzter Stunde veränderter Situation nicht in Kraft getreten, da verlicht worden ist, neue Einigungsverhandlungen herbeizuführen. Die Zentralstreikleitungen der Transportarbeiterverbände werden am Sonnabend vormittag zusammentreten, um zu der Lage Stellung zu nehmen.

Ausdehnung des Duisburger Hafnarbeiterstreiks.

Dortmund, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Dem Streik der Hafnarbeiter in Duisburg-Ruhrort haben sich nunmehr auch die Hafnarbeiter in Dortmund angeschlossen. Die Arbeit ruht bereits. Da große Mengen Lebensmittel im Hafen lagern, die bei dieser Witterung dem Verderben ausgehikt sind, ist eine baldige Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zu wünschen.

Amerikanischer Streikbrechersturz.

London, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf der nordamerikanischen Halbinsel Nova Scotia, deren Hauptstadt Halifax ist, brach am Donnerstag ein Streik aus, der sich auf drei englische Kohlenminen erstreckt. Die Zahl der ausständigen Arbeiter beträgt 12 000. Die Behörden haben 500 Milizmannschaften in das Kohlengebiet geschickt, die Arbeitswillige schippen und das Uebel-schwemmen der Gruben verhindern sollen. Bei der Ankunft der bewaffneten Miliz kam es zu Zusammenstößen mit den streikenden Bergleuten, von denen einer getötet und 30 verwundet wurden.

Bei der Wahl von 5 Delegierten zum 12. Bundestag des Deutschen Verkehrsverbundes wurden bei der Sektion I (Handelsflottenarbeiter) 1312 Stimmen abgegeben; 41 waren ungültig, 1271 gültig. Es erhielten an Stimmen: C. Bolter 851, F. Pöhlmeier 724, Fr. Puhmann 343, H. Riefens 275, P. Schacht 693, F. Wieden 361, W. Rinig 484, P. Köfner 290, H. Eichler 370, R. Oltersdorf 476, A. Otto 416, M. Ließe 283, P. Mahle 121. Gewählt sind demnach die Genossen Bolter, Pöhlmeier, Schacht, Rinig und Oltersdorf. Da aus der Wahl nur angeleitete Funktionäre hervorgingen, tritt der Genosse Oltersdorf zugunsten des nächstfolgenden unbeforderten Funktionärs, Genossen A. Otto, jurad. Die Kommunisten sind durchgereiselt.

Wirtschaft

Refordivende bei Maratti. Die Verwaltung, die es nun doch für nötig gefunden hatte, die Presse zu ihrer Generalversammlung zuzulassen, legte eine Bilanz vor, die zeigt, daß selbst bei den heutigen wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen eine gutgeleitete und rationell arbeitende Zigarettenfabrik trotz hoher Steuerlasten und hoher Rohstoffpreise in der Lage ist, erhebliche Ueberflüsse abzuwerfen. Das Unternehmen erzielte bei einem Aktienkapital von 500 000 M. einen Fabrikationsbruttogewinn von circa 2 Millionen Mark, verwandte hieron 163 900 M. zu Abschreibungen, während die allgemeinen Lasten und Steuern 1 692 408 Mark beanspruchten, so daß ein Reingewinn von 105 438 Mark verbleibt. Hieron werden 21 Proz. als Dividende für Aktionäre ausgeschüttet, eine Dividende, wie sie bisher keine Aktiengesellschaft in Deutschland aufzuweisen hat. Dabei hat das Unternehmen eine gesetzliche Reserve von 50 000 M., eine außerordentliche Reserve von 77 500 M., hat für Steuern 80 000 M. zurückgestellt und hat Maschineninventar und Fuhrpark mit je einer Mark auf der Aktive ausgelesen und besitzt außerdem ein Kassa- und Bankguthaben von 660 897 M. Die Gesellschaft rechnet auch im laufenden Geschäftsjahr nach den bisherigen Umsätzen mit einem ebenso günstigen Ergebnis.

Günstige Konjunktur auf dem Baumarkt. Die den Baumarkt mit Rohmaterial beliefernden Unternehmen haben in diesem Jahre eine Konjunktur, wie sie seit Kriegsbeginn noch nicht dagewesen ist. Die Vereinigten Berliner Röhrenwerke erklärten in ihrer Generalversammlung, die die Festlegung einer 6prozentigen Dividende beschloß, daß sich im laufenden Jahr die Umsätze gegenüber dem Vorjahr bisher vervierfacht hätten. Selbst wenn ein Rückgang der Umsätze einträte, rechne die Verwaltung immer noch mit den doppelten Umsätzen wie im Vorjahr.

Führt Rußland Getreide aus? Am Mittwoch hat der Vorsitzende der Volkswirtschaftlichen Kommission in einer Konferenz in Moskau erklärt, daß ein Ausfuhr von Getreide aus Rußland, selbst bei gutem Ernteausschlag nicht zu denken sei. Am Donnerstag wird im Widerspruch hierzu von den offiziellen Sowjetstellen bekanntgegeben, daß die diesjährige Ernte auf 60 Mill. Tonnen geschätzt wird und davon 5 Millionen Tonnen für den Export verwendet werden sollen.

Die Finanzierung des Automobilverkaufs in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ueber dieses interessante und aktuelle Thema wird auf Veranlassung des Deutschen Automobilhändler-Verbandes e. B. am 13. Juni 1925, abends 8 Uhr, im Hause des Vereins Deutscher Ingenieure, Berlin, Sommerstr. 4, Herr George F. Bauer, Exportsekretär der National Automobile Chamber of Commerce in New York, einen öffentlichen Vortrag halten. Die Teilnahme ist unentgeltlich gestattet.

Regierung gegen Trusts. Die amerikanische Regierung hat im Klagewege gegen Trusts in Chicago den Versuch unternommen, die Auflösung eines Monopols von 115 Werbestoffen für Haarfärbearbeitung mit der Firmenbezeichnung „Defendants“ zu erwirken.

Briefkasten der Redaktion.

2. 8. 1925. Der Antrag ist an das Wohlfahrtsamt (Fürsorgestelle für Sozialrentner) zu richten. — **2. 8. 9.** Das richtet sich nach der mit dem Arbeitgeber geschlossen Vereinbarung. Gefällige Vorarbeiten befehlen wir nicht. — **2. 8. 10.** Der Gläubiger kann Aufwertung verlangen. Ueber die Höhe ist nichts Bestimmtes fassen. Falls Sie sich nicht mit ihm verabschieden, muß das Gericht zur Entscheidung anrufen werden. 15 Prozent beträgt die Zinsen. — **2. 8. 11.** Die Aktien gegen Ihre Schwägerin den Klagezustand zu nehmen. — **2. 8. 12.** In. Bei Vorsetzung über 18, daß die Reparatur notwendig sind. 2. Rein. Im Falle der Weigerung müssen Sie Klage erheben. 3. Rein.

Theater der Woche.

Don 14. Juni bis 22. Juni 1925.

Hoftheater: 14. Die rote Tanne. — 15. Die rote Tanne. — 16. Die rote Tanne. — 17. Die rote Tanne. — 18. Die rote Tanne. — 19. Die rote Tanne. — 20. Die rote Tanne. — 21. Die rote Tanne. — 22. Die rote Tanne. — **Opernhaus:** 14. Die rote Tanne. — 15. Die rote Tanne. — 16. Die rote Tanne. — 17. Die rote Tanne. — 18. Die rote Tanne. — 19. Die rote Tanne. — 20. Die rote Tanne. — 21. Die rote Tanne. — 22. Die rote Tanne. — **Deutsches Schauspielhaus:** 14. Die rote Tanne. — 15. Die rote Tanne. — 16. Die rote Tanne. — 17. Die rote Tanne. — 18. Die rote Tanne. — 19. Die rote Tanne. — 20. Die rote Tanne. — 21. Die rote Tanne. — 22. Die rote Tanne. — **Königsplatz:** 14. Die rote Tanne. — 15. Die rote Tanne. — 16. Die rote Tanne. — 17. Die rote Tanne. — 18. Die rote Tanne. — 19. Die rote Tanne. — 20. Die rote Tanne. — 21. Die rote Tanne. — 22. Die rote Tanne.

Berliner Töpferhütte
G. m. b. H.
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314
Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Öfen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose heiztechnische Beratung.

Zähne • 2 Mark an Reparatur in 3 Stunden.
Stiftzähne • Kronen von 3 Mark an
Zahnziehen mit Betäubung.
Schonendes Plombieren von 2 Mark an
Günstige Zahlungsbedingungen. Garantie.
Sperrzeit 9-7, Sonntag 9-12 Uhr
H. Müller, 11 Ritterstraße 11, nahe Prinzenstr.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plätsburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel.
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Bekleidungsvertrieb des Westens
Inh. Max Pitzela.
in den neuen bedeutend erweiterten Räumen
jeizi Poisdamer Str. 132 eine Trpp.
zwischen Potsdamer Platz und Hühnerstraße.
Damen- Herren-
Kleider Paletots
Gesellschaftskleider Ulster, Anzüge
Kostüme Smoking- und
Mäntel Gesellschafts- Anzüge
Gummimäntel Gummimäntel
vom Einfachsten bis zum Elegantesten.
Teilzahlung ohne Preisanschlag gestattet!
Ware kann gegen Ausweis sofort mitgenommen werden.
Fertig und nach Maß!

Dezimalwagen
Fahrgewicht 500 kg.
Hilfspreis 1500,-
Georg Wagner
Königsplatz 71
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür wesentlich billiger Preise

Photoapparate, Feldstecher
Kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98
GEGEN
Geizhalsigkeit
für Damen für Herren
Teppiche, Gardinen, Wäsche, Möbel
bequeme An- und Abzahlung
im
Berliner Kredithaus
Gegründet 1861
Oranienstr. 158 | Friedrichstr. 120
(Nähe Moritzplatz) (am Oranienburger Tor)

HUNDE
Katten, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegsverweinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr